

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 98 846 pbbn d

Inhalt

Robert Antretter MdB verlangt von Europa, sich als Friedensmacht zu begreifen: Die vitalen Interessen des Kontinents durchsetzen.

Seite 1

Margitta Terborg MdB kommentiert die Reaktion einiger Vertriebenenpolitiker auf eine Kleine Anfrage der SPD: Geplagt vom schlechten Gewissen?

Seite 3

Dokumentation:

Die Teilnehmer der Großveranstaltung der „Aktion für mehr Demokratie“, die am 13. Dezember in Essen stattfand, verabschiedeten eine Resolution gegen die Wendepolitik, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Seite 5

41. Jahrgang / 240

16. Dezember 1986

Europa muß sich als Friedensmacht begreifen

Die vitalen Interessen unseres Kontinents müssen endlich durchgesetzt werden

Von Robert Antretter MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Schon im Vorfeld der Europa-Wahl von 1984 - nach der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa - haben wir Sozialdemokraten intensiv gefordert, daß endlich mit dem Gedanken ernst gemacht wird, eine europäische Friedensordnung zu entwickeln. Europa kann eigene Identität nur gewinnen, wenn es sich als eine neue Friedensmacht begreift. Die europäischen Sicherheitsinteressen müssen definiert werden in bewußter Abgrenzung vom Rüstungswahn in Ost und West.

Freilich war dafür stets Voraussetzung, daß das Europäische Parlament mehr Rechte im Entscheidungsprozeß bekommt, um die vitalen europäischen Interessen diskutieren- und auch durchsetzen zu können.

Es war die Hoffnung, daß hier der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments zur Europäischen Union einen wichtigen Impuls geben könnte. Jedoch machte die Politik des Ministerrates bald deutlich, daß die Regierungschefs nicht gewillt waren, den Integrationsschub durch die Friedensbewegung eines „Europas von unten“ positiv aufzunehmen.

Vielmehr hat der nationale Egoismus dazu geführt, daß von einem europäischen Gipfel zum anderen die Europapolitik insgesamt immer perspektivloser wurde. Während der Regierung Kohl ist es auch nicht im Ansatz gelungen, zur sicherheitspolitischen Abstimmung der jetzt zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu kommen, damit wenigstens innerhalb der NATO Europa mit einer Stimme sprechen kann.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemfölyger Druck
mit wertvollen Einlagen
Kemping-Prater



Die wahrhaft kühnen Abrüstungsvorschläge, die der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow seit Januar 1986 unterbreitet hat, sind leider nicht angemessen beantwortet worden. Als für einen Augenblick in Reykjavik die historische Chance zur atomaren Abrüstung zum Greifen nahe war, da hatten Bundeskanzler Kohl und Verteidigungsminister Wörner nichts dringlicheres zu tun, als vor den angeblichen Gefahren der Null-Lösung zu warnen und die Notwendigkeit von SDI auch für Europa zu behaupten.

Inzwischen haben es die amerikanischen und europäischen „Falken“ fast geschafft, daß eine weitere Runde der Nach-Nachrüstungen ins europäische Haus steht, diesmal bei den atomaren Kurzstreckenwaffen und im ganzen konventionellen Bereich der NATO.

Wir Sozialdemokraten haben immer wieder konstruktive Vorschläge gemacht, um die sicherheitspolitische Selbstbehauptung Europas zu erreichen. Wir haben ein Konzept zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa entwickelt, das die Regierung Kohl sofort hätte umsetzen können. Unser Konzept des atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa bedeutet eine Chance der Vertrauensbildung, die zur notwendigen zweiten Phase einer aktiven Entspannungspolitik zwischen Ost und West führen kann.

Es gibt dafür auch Anknüpfungspunkte in den Ergebnissen der KVAE von Stockholm, die wir begrüßt haben, wo wir aber bedauern, daß das Europäische Parlament nicht mit einer eigenen Delegation in diese Konferenz eingebunden ist.

Wir Sozialdemokraten sagen: Die friedenspolitische Bilanz Europas während der letzten Jahre ist negativ. Über Ansätze der engeren Zusammenarbeit in der WEU, bei der Rüstungsproduktion, ist nichts hinausgegangen. Und dies ist beschämend wenig - vor allem für eine Regierung, die schließlich mit dem Anspruch angetreten war, mit immer weniger Waffen den Frieden zu schaffen.

(-/16.12.1986/va-he/rs)

* * *

Geplagt vom schlechten Gewissen?

Zur Reaktion einiger Vertriebenenpolitiker auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion

Von Margitta Terborg MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Der Abgeordnete Wilz schreibt eine haarsträubende Presseerklärung. Der Abgeordnete Czaja schreibt böse Briefe und sein Urenkel Hartmut Koschyk von der Schlesischen Jugend läßt sich breit und unterstellend im „Deutschen Ostdienst“ (DOD) aus.

Dies ist ein kleiner Überblick über die merkwürdige Reaktion von Teilen der Vertriebenenverbände auf unsere Kleine Anfrage zum Paragraphen 96 des Bundesvertriebenenförderungsgesetzes.

Auch die Bundesregierung, wie sie in ihrer Vorbemerkung zur Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 10/6056 selbst sagt, hat die Gelegenheit dieser Kleinen Anfrage der Fraktion der SPD benutzt, um den Verbänden der Vertriebenen und Flüchtlinge für ihre Arbeit öffentlich zu danken. Im folgenden beschreibt sie die Leistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, als ob die SPD diese Leistungen nicht als solche anerkennen würde. Die ganze Vorbemerkung hört sich nach einer Verteidigungsrede für die Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände an. Für mich stellt sich hier die Frage, ob einige dieser Verbände eine solche Verteidigungsrede tatsächlich notwendig haben. Nach den eingegangenen Reaktionen sieht es fast so aus.

Wie es so schön heißt, es ist doch wohl etwas faul im Staate Dänemark, wenn man herumläuft wie die aufgeschreckten Hühner, wenn sich jemand über die bisherigen Förderungen informiert.

Meldet sich hier das schlechte Gewissen?

Und nun noch einmal etwas zu den Unterstellungen, die Sozialdemokraten würden die Vertriebenen ausgrenzen wollen und die Kulturförderung einstellen.

Die Sozialdemokraten unterstützen die Pflege und Förderung des ost- und mitteldeutschen wie des südosteuropäischen Kulturgutes. Das geistig kulturelle Erbe dieser deutschen Kulturlandschaften ist ein Teil der gesamtdeutschen Kultur. Sie wurde geprägt von den jeweiligen Landschaften, ihren Menschen, ihrer Geschichte und den Kontakten zu den östlichen Nachbarn.

Gerade durch diesen Kontakt der gegenseitigen Beeinflussung und Bereicherung mit den Kulturen der östlichen Nachbarn stellt dieser Bereich unserer Kultur einen unverzichtbaren Bestandteil des

gesamten geistig-kulturellen Erbes unseres Volkes dar. Durch seine geschichtliche Entwicklung ist die ostdeutsche Kulturarbeit in der Lage, eine Brückenfunktion zu unseren östlichen Nachbarn zu erfüllen.

Einer entsprechend betriebenen ostdeutschen Kulturarbeit käme somit eine Mittlerfunktion zwischen der westlichen und östlichen Kultur zu. Aus diesem Verständnis der ostdeutschen Kulturarbeit heraus könnte sich diese als ein weitreichendes Beispiel für Möglichkeiten des friedlichen Zusammenlebens in Europa erweisen. Somit zeigt sich die Kultur als ein vielversprechender Weg der Verständigungs- und Entspannungspolitik.

Aus dem Wortlaut des Paragraphen 96 ergibt sich einzig und allein eine Förderung der Pflege des Kulturgutes. Mit keinem Wort ist hier ein deutschland- oder ostpolitischer Aspekt erwähnt. Auch in der Grundsatzkonzeption zu diesem Gesetz vom 22. April 1982 findet man keinen Hinweis auf eine Förderung deutschlandpolitischer Aspekte.

Leider ist es im Laufe der Geschichte dazu gekommen, daß deutschland- und ostpolitische Bereiche in diese Förderung mit eingeflossen sind. Dadurch war es auch möglich, daß rechtspolitische Erörterungen zur Grenzfrage gefordert wurden.

In Zukunft muß darauf geachtet werden, daß wieder nur die eigentlichen Bereiche der Kultur an dieser Stelle gefördert werden. Von dem Begriff Kultur hat unser Bundeskanzler, wie wir in der kulturpolitischen Debatte am 4. Dezember 1986 gehört haben, ein recht merkwürdiges Verständnis. So stellte er die Begriffe Geschichte und Sprache neben den der Kultur. Dabei sind beide ein Teil derselben. Dagegen fällt der wichtigste Aspekt, nämlich der der Festlegung einer nachvollziehbaren Trennungslinie zwischen Kultur und Politik, völlig unter den Tisch.

Zur Zeit läßt der jetzige Verlauf der Trennungslinie zuviel Politik - einseitige Politik - zu. Darunter leidet die reine Kulturarbeit in Form von Basis-, Öffentlichkeits- und populärwissenschaftlicher Arbeit.

(-/16.12.1986/vo-he/rs)

* * *



D O K U M E N T A T I O N

Freimut Duve: Blick zurück auf vier Jahre heuchlerische Kulturpolitik

Die Teilnehmer der Großveranstaltung der „Aktion für mehr Demokratie“, die am 13. Dezember in Essen stattfand, verabschiedeten eine von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve formulierte Resolution, die wir im Wortlaut dokumentieren.

„Wir lassen uns nicht verwenden! Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Auftritt des Kabarettisten Gerhard Polt in Skandinavien als ‚Frechheit und Dummlichkeit‘ bezeichnet. Die Besucher der Goethe-Institute in aller Welt sollen nichts mehr zu lachen haben. Dieser Zorn des Wende-Kanzlers gegen einen erfolgreichen Kabarettisten ist nur eines von hunderten von Beispielen, in denen die Rechtsregierung versucht, Künstler und Journalisten zu gängeln oder Veranstalter im nachhinein abzustrafen.

Diese Wende war weder geistig noch moralisch. Was Helmut Kohl 1982 im rechtskonservativen ‚Deutschland-Magazin‘ angekündigt hatte: Den kulturellen Umbau der Bundesrepublik Deutschland - seine Rechtsregierung hat es in den vergangenen vier Jahren versucht. N o c h ist es ihr nicht gelungen! Nun wird mit der absoluten Mehrheit gedroht. Jetzt wird vom völligen ‚Umbau des Hauses‘ gesprochen.

Wir blicken zurück im Zorn auf vier Jahre heuchlerischer Kulturpolitik:

- Redakteure und Programme der öffentlich-rechtlichen Anstalten werden immer häufiger gemäßregelt und gezwungen, die Schere im Kopf zu betätigen. Im Bundespresseamt wurde eigens eine Abteilung zur Dauerbeobachtung von Funk und Fernsehen eingerichtet.
- Regierungsangehörige Programm-Macher in den öffentlich-rechtlichen Anstalten blenden kritische Kabarett-Sendungen aus, weigern sich, aufklärerische Dokumentationen (Eberhard Fechner) ins Hauptprogramm zu nehmen.
- In öffentlichen Bibliotheken wird schon heute mancher Bibliothekar bei der Auswahl der anzukaufenden Bücher zensiert.
- Im Klima einer Geschichtsdiskussion, die die Verbrechen von Deutschen während der Nazi-zeit historisch relativieren will, ja, sie als Reflex auf Verbrechen anderer Staaten umdeuten möchte, setzt die Bundesregierung ihre Planungen für Geschichtsmuseen in Bonn und Berlin in feudalistischer Manier durch. Eine der Demokratie angemessene parlamentarische Beratung hat nicht stattgefunden. Die Oppositionsparteien, Sozialdemokraten und Grüne, haben die notwendige Diskussions- und Aufklärungsarbeit leisten müssen, zu der die Regierungsfraktionen nicht bereit waren.



- Die Schamschwelle im Umgang mit der Nazi-Vergangenheit ist dramatisch gesenkt worden: Antisemitische Äußerungen von CDU-Politikern und CDU-Bürgermeistern waren Signale für einen neu erzeugten rechtspopulistischen Entlastungsdruck.
- Mit massenwirksamen Methoden wird ganz bewußt - wie im Sommer 1986 - die Stimmung gegen politische Flüchtlinge angeheizt, um das Verfassungsrecht auf Asyl zu zerstören.
- Mit dem Anti-Terror-Eilgesetz ist klammheimlich wieder ein literaturfeindlicher sogenannter Gewaltverherrlichungs-Paragraph eingeführt worden.
- Franz Josef Strauß und Helmut Kohl versuchen, die auswärtige Kulturpolitik zu gängeln und in den Griff zu bekommen. Sie fordern ein stromlinienförmig regierungsfremmes Programm der Goethe-Institute. Nicht die Vielfalt unserer Kultur, sondern die Einfalt der Regierung soll im Ausland dargestellt werden.
- Der direkte Einfluß von Innenminister Zimmermann auf die Filmförderung ist durch eine radikale Änderung der Förderungsrichtlinien ermöglicht worden.
- Das Innenministerium bereitet ein Gesetz vor, das Regierungsmitglieder unter besonderen Schutz gegen kritischen Journalisten stellen soll.
- Die Wende macht sich eine Unterhaltungskultur zunutze, die auf Vergessen und Gedächtnisschwund angelegt ist: Wer erinnert sich noch der Affären Bitburg, Wörner/Kießling, Verfassungsschutz/Tiedge oder Flick? Wer wird morgen noch vom Korruptions-Schlamassel reden, in den der Berliner Senat verwickelt ist? Die großen Skandale dieser Regierung sind in den Krankenzimmern der Schwarzwaldklinik entsorgt worden!

Der Wende-Politik scheint die mähliche Klimatisierung des Kulturlebens gelungen: Protest bleibt aus oder verhallt im Schallschlucker der Postmoderne.

Wir kämpfen gegen falsche Schalmeientöne, die Harmonie vortäuschen, wo harter Machtpoker regiert. Kultur darf dafür nicht das Ornament und die Dekoration liefern!

Wir brauchen die Wachheit und die schöpferische Kraft der Künstler. Wir sind überzeugt, daß die freie Luft, die unsere Republik zum Atmen braucht, ohne sie nicht vom miefigen Kohl-Dampf befreit werden kann!

Wir wollen nicht die Stoßdämpfer in einer Ellenbogen-Gesellschaft sein.

Wir kämpfen für die Rückkehr zu einer Kultur der Solidarität."

(-/16.12.1986/vo-he/rs)

* * *

